

# **Was ein Biosphärenpark Wienerwald braucht**

## **9. Ein Modell für zukunftsfähige Entwicklung**

Das Prinzip der Nachhaltigkeit betrifft nicht nur Biosphären-Reservate. Die Fachtagung zur Stadtökologie, die im Oktober diesen Jahres in Wien stattfand (Titel: „grünstadtgrau“), präsentierte für den städtischen Raum zukünftige Strategien: für das Leben mit der Natur im Siedlungsraum, für ein neues Bodenbewusstsein, für eine neue Lebensqualität durch effektive Freiraumgestaltung und ökologisches Bauen, für ein interdisziplinäres Wissenschaftsmanagement und anderes mehr. Die Basis und die Vorgaben stammten vom Rat der Europäischen Union und wurden im Februar 2004 herausgegeben. Es ging um die „Entwicklung einer thematischen Strategie für städtische Umwelt“. Globalziele sollten unter anderen die Verbesserung der Umwelteffizienz und der Lebensqualität in städtischen Gebieten, Gewährleistung eines gesunden Lebensumfeldes für die Stadtbewohner in Europa, Stärkung des ökologischen Beitrages zur nachhaltigen Entwicklung unter gleichzeitiger Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Fragen sein. Es gibt eine Vielzahl von Perspektiven, Vorschlägen und Beispielen zur Nachhaltigkeit in der Städtepolitik, dem städtischen Nahverkehr, dem städtischen Bauen, der Stadtgestaltung. Schwerpunkt der Strategie werden überwiegend Empfehlungen für Maßnahmen der Europäischen Kommission, der Mitgliedsstaaten und Kommunalbehörden sein. Es wird aber ausdrücklich festgestellt, dass auch dem einzelnen Bürger bei der Verwirklichung einer nachhaltigen, gesunden städtischen Umwelt eine wichtige Rolle am Entscheidungsprozess zukommt. Solche Konzeptentwicklungen sind eigentlich selbst für Österreich nichts Neues. Es gab vor gut zwanzig Jahren unter der Obhut von Bürgermeister Zilk das Stadtentwicklungskonzept (STEP) Wien und später auch Übungen zur Bewusstseinsmachung von Stadtökologie und Naturräumen (z.B. Blubb= Biotope, Landschaften, Utopien bewusst beleben). Vieles im STEP liest sich wie das, was die EU heute vorschlägt, nur ist das Meiste wohl Makulatur geblieben, während die Europäische Union es mit ihren Vorstellungen und Forderungen tot ernst meint. Wien hat die Chance verpasst, sich als Vorbild für den Rest Europas zu profilieren. Die Zeit akademischer, unverbindlicher, rhetorischer Sandkastenspiele ist nun endgültig vorbei. Ab Januar 2005 wird per EU-Verordnung zum Beispiel das Recht eines jeden Bürger auf saubere, gesunde Luft umgesetzt werden, auch wenn dies bedeutet, dass man die Stadt teilweise oder ganz für den Autoverkehr sperrt. Die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, die Verringerung der Schadstoffemissionen und -immissionen werden keine freiwilligen Unternehmungen mehr sein, sondern erzwungen werden. Jeder Bürger kann vor Gericht gehen und sein Recht auf gesunde Luft einklagen. Die Stadtväter Österreichs haben in der Vergangenheit durchaus einiges für die Steigerung der Lebensqualität ihrer Bürger getan. Aber dies ging zu langsam vor sich, war nicht konsequent genug, nicht stadtumgreifend und nicht ohne gravierende Fehler und Mängel.

Die thematischen Schwerpunkte für die Entwicklung der städtischen Umwelt sind im Wesentlichen identisch mit denen des suburbanen Raums. Es geht auch dort um zukunftsfähige Verkehrskonzepte, um Nachhaltigkeit in der Raumplanung und Regionalentwicklung, in der Wirtschaft, im Energie- und Ressourcenverbrauch, um umweltfreundliche Technologien. Hinzu kommen vermehrt Aspekte, die durchaus auch im urbanen Raum akut sein können aber – wie in Wien - im kleineren Rahmen, so wie die Nachhaltigkeit in Forst- und Landwirtschaft. Ausweisung von Puffer- und Pflegezonen im Biosphärenpark bedeuten letzten Ende nicht, dass der Rest der Planungsfläche Freiraum



*Die Forstbetriebe im Biosphärenpark Wienerwald sollten im gesamten Planungsareal nachhaltig, schonend und naturnah wirtschaften und nicht nur in den Pufferzonen.*

für weiteren ungehemmten Raubbau sind. Gerade Land- und Forstwirtschaft sollten in allen Teilen des Biosphärenparks vorbildlich sein, was nachhaltige Entwicklung anbetrifft. Für die Landwirtschaft würde dies eigentlich über die Vorgaben von ÖPUL und der GAP (Good Agricultural Practice) -Reform der EU hinausgehen. Die Bauern würden auch bei der Nahrungsmittelverarbeitung und bei Vermarktungsstrategien eine wichtige Rolle spielen und Verantwortung für die zukünftige Versorgung der Region tragen. Die Entwicklung und Anwendung von Technologien erneuerbarer Energieträger liegen ebenfalls in der Verantwortung der Landwirte sowie auch der Forstbetriebe. Was Letztere anbetrifft: Nur eine nachhaltige, schonende, und tatsächlich naturnahe Forstwirtschaft im gesamten Biosphärenpark ist in Zukunft akzeptierbar. Schwerpunkte wären die regionale Vermarktung und damit verbunden der vermehrte, vielfältige Gebrauch von Holz abseits der Energiegewinnung. Die Rehabilitation von degenerierten Wiesen-, Agrar- und Waldflächen sowie Rohstoffabbau- und anderer Areale hat in einem Biosphärenpark zusätzliche hervorragende Bedeutung.

Die Biosphärenparkplaner agieren immer noch bei den meisten der von ihnen verfolgten Ziele auf der Basis der Freiwilligkeit der Betroffenen ohne zu realisieren, dass bei vielen der angestrebten Ziele die Zeit für konkrete, zwingende Maßnahmen und rechtliche Umsetzungen längst gekommen ist. Der Versuch, die Betroffenen zu überzeugen, um zu einem verbindlichen Konsens zu kommen über essentielle Zielvorgaben und Umsetzungsstrategien ist illusorisch und angesichts der Gesamtheit,



*Winterstimmung auf einer Hutweide im Wienerwald. Extensivierung und ökologiegerechte Bewirtschaftung aller landwirtschaftlichen Flächen sind der Schlüssel zur Nachhaltigkeit.*

Komplexheit und Dringlichkeit der Probleme ein untaugliches Mittel. Wir haben nicht mehr den Luxus langer Debatten und Erörterungen, weil nichts mehr zu retten sein wird, wenn wir damit fertig sind. Die Sevilla Strategie zur Errichtung eines Biosphärenparks beschreibt einen alternativen Weg in die Zukunft, den wir gehen können. Er integriert nachhaltige Entwicklung, Fürsorge für die Umwelt, größere soziale Gleichheit und respektiert und akkumuliert Erfahrung und Weisheit aller im ländlichen Raum lebenden und arbeitenden Menschen.

Die Zeit zum Handeln ist **jetzt!** Trotzdem sollten die Direktiven und Entscheidungen zum überwiegenden Teil nicht von den Regierungen der Länder und den etablierten politischen Strukturen kommen, sondern von den Wienerwaldbewohnern selber. Die UNESCO favorisiert die Beteiligung aller in und von der Region lebenden Menschen bei den wichtigen Entscheidungen, welche die Probleme der Erhaltung des biogenetischen Erbes und der nachhaltigen Entwicklung in Biosphärenparks betreffen. Ein Wienerwald-Parlament könnte als entscheidungsberechtigtes, kompetentes Forum die nachhaltige Entwicklung der gesamten Region konzipieren, steuern, beobachten und kontrollieren. In solch einem Gremium sollten außer Bürgerinteressensvertreter, Landwirte und Forstleute auch Wissenschaftler (Biologen, Ökologen, Sozialwissenschaftler, Sozialökonomien) und andere Experten, Lehrer und Vertreter der NGOs mitwirken. In anbetracht der überregionalen, wichtigen Funktion des Wienerwald-Parlaments sollten die Wienerwaldgemeinden nur dann Landes-, Bundes- oder sonstige Geldmittel erhalten, wenn sie gemäß der Direktiven des Parlaments im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung arbeiten und nicht, wie es heute üblich ist, das Gegenteil praktizieren. Nur dann kann man erwarten, dass die Gemeindevertreter auch zielgerecht und effektiv ihre Arbeit tun. Es

besteht keine Notwendigkeit mehr, noch lange über Grundlagen und Details und Umsetzungsstrategien nachhaltiger Entwicklung zu diskutieren. Die Sevilla-Strategie liefert genügend Unterlagen, und es gibt eine große Menge andere Daten, Konzepte, Analysen, Richtlinien – so wie z.B. die der EU Kommission. Man muss sich nur endlich dran setzen, diese Strategien umzusetzen. Die UNESCO-Vorgaben aufgrund ihrer globalen Reichweite und umfassenderen Zukunftsvisionen stellen eine ideale Ergänzung zur Umweltpolitik der Europäischen Union dar. So gesehen würde ein Biosphärenpark eine Modell-Region mit Vorbildcharakter für den Rest des Landes repräsentieren.